D1

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Bundesvorstand Campusgrün (dort beschlossen am: 28.10.2026)

Titel: **Eine vegane, nachhaltige und gerechte Mensa für alle, Tier und Mensch!**

Antragstext

Die Bundesdelegiertenversammlung von Campusgrün möge beschließen:

Für eine soziale und gerechte Gesellschaft ist eine vegane Mensa unabdingbar. Solidarität beginnt bereits auf unserem Teller, wenn wir uns gegen die Ausbeutung und Tötung von fühlenden, lebenden und liebenden Individuen stellen sowie für eine nachhaltigere Welt und mehr Gerechtigkeit im globalen Süden entscheiden. Für uns bedeutet das auch, dass alle Studierenden jeden Tag ein veganes Angebot in der Mensa finden können.

Dieses Angebot sollte den anderen Angeboten in keiner Weise nachstehen.

Außerdem fordern wir, dass die vegane Option immer die günstigste Variante ist. Solidarität darf nicht durch geringere finanzielle Mittel beschnitten werden.

Zudem ist Fleisch in der Regel auch im Einkauf teurer, dieses zu subventionieren widerspricht jeder Form von sozialer und nachhaltiger Gerechtigkeit.

Hinzu kommen enorme Umweltbelastungen, die insbesondere durch eine Ernährung auf Basis von Tierausbeutung geschaffen werden.

Langfristig fordert Campusgrün, dass alle Mensen Deutschlandweit ein rein veganes Angebot anbieten.

Studierenden Gelder dürfen nicht für die Ausbeutung von schwächeren Individuen

oder für eine zusätzliche Belastung unseres Planeten genutzt werden.

Ein solches Angebot wäre auch weitaus inklusiver als der gegenwärtige Status Quo. Zudem fordern wir, dass das vegane Angebot nicht mit Hypoallergenen, wie beispielsweise Erdnüssen einer breiten Gruppe verschlossen bleibt.

Konkret sollen die jeweiligen Landesregierungen veganes Mensaessen besonders fördern. Zudem verpflichtet sich der Bundesvorstand von Campusgrün die jeweiligen Campusgrün-Hochschulgruppen in solchen Forderungen gegenüber den Studierendenwerken, der Hochschule aber auch gegenüber dem Land zu unterstützen.

Beispielsweise sollen Musteranträge für StuPa/StuRa Sitzungen erstellt werden, um es den Mitgliedsgruppen zu vereinfachen, vegan-Forderungen durchzusetzen. Des Weiteren steht der Bundesvorstand von Campusgrün den Hochschulgruppen zur Seite und unterstützt, wenn dies seitens der Mitgliedsgruppe gewünscht ist.

Begründung

erfolgt mündlich

D2

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Jannis Romann (Campusgrün FU-Berlin)

Titel: **Gegen transnationale Repression, auch an unseren Hochschulen**

Antragstext

Die Bundesmitgliederversammlung möge beschließen:

Wenn autoritäre Diktaturen erstarken, dann beeinflussen sie auch Menschen in Deutschland; Menschen aus der Diaspora dieser Staaten. In Deutschland wird diesen Menschen nachgestellt und sie werden bedroht. Menschen werden unter Druck gesetzt, indem ihnen Gewalt gegen ihre Familien und Freunde im autoritären Ausland in Aussicht gestellt wird, sollten sie in Deutschland von ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch machen. Das Phänomen dahinter nennt sich transnationale Repression (TNR). Das Ziel ist, Macht über Ländergrenzen hinweg auszuüben, um die Stabilität der Diktaturen dahinter zu gewährleisten. Aus TNR folgt, dass Studierende in Seminaren ihre Perspektive nicht einbringen, nicht demonstrieren, sich auf Social Media selbst zensieren, unsicher fühlen und kein Vertrauen zu ihren Mitmenschen aufbauen.

TNR verringert nicht nur die Menge an Perspektiven in unserer Hochschuldiskussion und schwächt unsere Hochschuldemokratie; sie sorgt vor allem dafür, dass die grundgesetzlich verbrieften Freiheitsrechte für manche Menschen in Deutschland nicht gelten. Indem das Verhalten dieser Staaten in Deutschland häufig nicht justiziabel ist, werden von TNR Betroffene staatlich aktuell quasi nicht geschützt. Wir fordern von der Bundesregierung aktuelle Lagebilder und Erhebungen zu TNR, öffentliche Kampagnen und wirksame Schutzkonzepte. Wir fordern unsere Hochschulen auf, Anlaufstellen zu schaffen, Personal zu sensibilisieren und Studierende zu unterstützen. Und wir fordern entschiedenes Vorgehen gegen Täter*innen in Deutschland.

Die Freiheiten unseres Grundgesetzes müssen für alle Menschen gelten, unabhängig

ihrer Herkunft!

Begründung

Seit einigen Jahren bekommt das Thema der TNR zunehmend Aufmerksamkeit, dennoch wird sie in Deutschland immer noch massiv unterschätzt. Insbesondere Staaten wie China, Russland, Iran, Eritrea oder die Türkei bedienen sich der TNR um (vermeintliche) Dissident*innen zum Schweigen zu bringen. Diese Angriffe reichen von Stalking, Hacking und Androhung von Gewalt bis zu tatsächlichen Übergriffen, insbesondere auch auf Freunde und Familie im Herkunftsland. Deutschland als wichtiger Staat für diverse Diaspora-Communities muss einen entschiedenen Beitrag leisten, um diese Communities effektiv zu schützen. TNR hat auch im Hochschulalltag erhebliche Auswirkungen, nicht nur auf Austauschstudierende.

Wir sind ein Verband, der alle Studierenden repräsentieren soll, insbesondere auch diejenigen mit besonders kleiner Lobby. Dementsprechend gilt es durch diesen Antrag, Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken und die Arbeit an Lösungen anzustoßen.

erfolgt mündlich

D3

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Jannis Romann (Campusgrün FU-Berlin)

Titel: **Grundsätze zu politischer Zusammenarbeit**

Antragstext

Die Bundesmitgliederversammlung möge beschließen:

“Campusgrün steht für ein demokratisches Miteinander im Hochschulkontext ein. Das bedeutet für uns, dass wir grundsätzlich bereit sind, mit dem demokratischen Spektrum von Bündnissen und Gruppen ins Gespräch zu gehen. Demokratisch heißt für uns eine weltoffene Perspektive zu haben, solidarisch zu sein, wir bekennen uns zu Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt und wollen unsere Hochschulen hin zu diskriminierungsarmen, demokratischen und antifaschistischen Räumen weiterentwickeln.

Das bedeutet für uns aber auch, dass wir nicht gesprächsbereit gegenüber Gruppen und Bündnissen sind, die demokratischer Gesinnung entbehren. Insbesondere stellen wir uns gegen Akteur*innen, die selbst Gewalt gegen Personen üben. Wir verbünden uns weder mit Gruppierungen, die rechtsextreme Ideologien verbreiten, darunter Burschenschaften oder mit der Desiderius-Erasmus-Stiftung verbundene Strukturen.

Noch verbinden wir uns mit Solchen, die sich für Terrororganisationen wie die Hamas aussprechen oder deren Symbole verwenden. Wir stellen uns gegen Akteure, die Gewalt gegen Personen gutheißen oder damit drohen. Explizit auch nicht unter der Devise “der Zweck heiligt die Mittel”. Wir arbeiten nicht mit Gruppen, die den Menschenwürde-Begriff des Grundgesetzes nicht oder nur eingeschränkt gelten lassen. Campusgrün stellt sich explizit gegen Antisemitismus, unsere Hochschulen müssen ein Raum sein, an dem sich Menschen jeden Glaubens sicher und willkommen fühlen. Wir verurteilen Angriffe auf Menschen wegen ihrer Religion, ihrer politischen Meinung oder ihrer sonst gearteten Gruppenzugehörigkeit auf das Schärfste.”

Begründung

Nach wie vor kommt die Gefahr für unsere Demokratie und die Vielfalt in der Hochschullandschaft ganz überwiegend von rechter Seite. Und trotzdem möchten wir uns auch solcher Bewegungen annehmen, deren Ziel es ist, das demokratische Mehrheitslager von innen heraus zu spalten und zu zerbrechen. Sei es aus dem Wunsch nach einer Revolution oder schlicht aufgrund unumstößlich-idealistischer Weltbilder. Sog. linksautoritäre und K-Gruppen gewinnen an einigen Hochschulen wieder vermehrt Einfluss. Wir möchten diese Begriffe mit unserem Antrag definieren, insbesondere wollen wir beleuchten was wir an solchen Gruppen kritisch sehen.

erfolgt mündlich